

Charta für ein soziales Wiesbaden

Stand 01.11.2017

Wiesbaden ist eine reiche Stadt in einem reichen Land¹. Dennoch sind Armut, unsichere, schlechtbezahlte Arbeitsverhältnisse und Angst vor sozialem Abstieg ein großes Thema auch in unserer Stadt: Nichts belegt dieses so deutlich wie die erschreckende Quote von 24% an Kindern in Armut (in einigen Stadtteilen sogar über 46%). Das ist die zweithöchste in Hessen nach Offenbach, auch weit vor Mainz (18%).²

Die aus sozialer Unsicherheit und dem Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich resultierende Entwicklung treibt die Menschen auch politisch auseinander: Vereinzelung, Hoffnungslosigkeit, Abstiegsangst, Hass, die Abgrenzung nach „unten“ sowie die Bewertung von Menschen nach ihrem „ökonomischen Wert“ vergiften die gesellschaftliche Atmosphäre. Erst gehen immer weniger der Enttäuschten zur Wahl, dann werden immer mehr von ihnen von Rechtspopulisten, religiösen Fanatikern und anderen "eingefangen". Dieser Verfall stellt eine große Gefahr für unsere Demokratie sowie letztlich für die Wahrung der Grund- und Menschenrechte und die Würde des Einzelnen dar! Doch die Probleme können nicht mit moralischen Appellen gelöst werden. Wir setzen deswegen an den Ursachen an und treten dafür ein, endlich das soziale Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft zu stoppen, die sozialen Probleme zu lösen und allen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Dauerhaft ist „soziale Gerechtigkeit“ die notwendige Voraussetzung für einen Umgang miteinander, der Empathie ermöglicht, Frieden schafft und alle Menschen mitnimmt.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet konkret:

- Arbeit zu guten Bedingungen und mit einem Einkommen, mit dem man menschenwürdig leben und eine Familie ernähren kann
- Eine ausreichende soziale Absicherung für Menschen ohne Arbeit, RentnerInnen und andere Nicht-Erwerbstätige, aber auch für alle Selbständigen, FreiberuflerInnen und KünstlerInnen
- Gute, kostenfreie Bildung in allen Lebensphasen
- Ausreichender, bezahlbarer Wohnraum
- Bezahlbare und gute Mobilität auch ohne eigenes Auto
- Ausreichende und erschwingliche Energie- und Wasserversorgung
- Gut funktionierende, bürgernahe öffentliche Einrichtungen (z.B. Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Behörden, Altenheime, Polizei, Gerichte, Sport- und Schwimmanlagen usw.)
- ausreichend finanzierte Kultur, die jede und jeder nutzen kann
- eine Lebensumgebung, die nicht krank macht

Wir wollen, dass diese sozialen Grundrechte für alle Menschen verwirklicht werden – und fokussieren uns hierbei auf die Menschen in unserer Stadt Wiesbaden.

¹ So liegt Wiesbaden im Kaufkraft-Index auf Rang 7 aller deutschen Großstädte - knapp 12% über dem Bundesdurchschnitt. Nur in München, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Stuttgart, Bonn und Hamburg ist die Kaufkraft höher. IHK Wiesbaden nach Michael Bauer Research GmbH, Pressemeldung der IHK vom 02.06.2017.

² Studie der Bertelsmann-Stiftung vom 12.09.2016, Bericht hessenschau vom 12.09.2016, Bericht Wiesbadener Kurier vom 25.05.2016

„Bürgergesellschaft“ geht nur sozial gerecht!

Alle dauerhaft in Wiesbaden lebenden Menschen – gleich welcher kulturellen oder nationalen Wurzeln – haben das Recht auf ein gutes, angstfreies Leben mit einer positiven Perspektive. Grundlage für ein solches gutes Leben sind eine umfangreiche (auch soziale) Sicherheit in den oben genannten Punkten und ein intaktes soziales Umfeld. Erst mit dieser vollen Teilhabe besteht die Chance zu umfassender sozialer Integration. Denn erst dann entwickeln sie Identifikation, Einsatzbereitschaft, Optimismus und Mut für ihre gemeinsame (Wahl-) Heimat Wiesbaden. Jeder Mensch muss seinen Platz in der Gesellschaft finden und das Gefühl entwickeln können, gebraucht und gehört zu werden. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind somit auch die nötigen Voraussetzungen dafür, dass die oft proklamierte „Bürgergesellschaft“ mit verantwortungsbereiten, politisch engagierten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern in Wiesbaden breit gelebte Realität werden kann.

Verantwortung auch nach „außen“ – ökologisch und sozial

Eine Stadt wie Wiesbaden ist in die hierarchischen Strukturen internationaler Arbeitsteilung und Ressourcenbeschaffung eingebunden. Damit leisten auch wir in Wiesbaden – ob gewollt oder ungewollt – der Ausbeutung von Mensch und Natur, der Umweltverschmutzung und dem Klimawandel Vorschub. Zur Gerechtigkeit gehört es daher auch, die Auswirkungen unserer lokalen Entscheidungen auf Menschen und die Umwelt auf der ganzen Welt mitzudenken und zu minimieren. Die Stadt muss hierbei kein hilfloses Opfer globaler Trends sein. Die Wiesbadener Gesellschaft kann Fehlentwicklungen in der eigenen Stadt (z.B. im Verkehr) ganz praktisch entgegen treten und damit zugleich nach außen positive Zeichen setzen.

Finanzielle Priorität für die Lösung der sozialen Fragen!

Für die Sicherung oder erst recht Fortentwicklung unserer Gesellschaft und Demokratie ist die Lösung der sozialen Fragen entscheidend. Deswegen müssen Lösungsansätze hierfür eine finanzielle Priorität und auch gesellschaftlich eine höhere Wertigkeit bekommen. Das Soziale ist eben nicht einfach nur ein „Anhängsel“ der Wirtschaft, das wir uns „leisten“, wenn es uns gut geht. Umgekehrt: Es muss handlungsleitend für die Ausrichtung der Wirtschaft werden. Denn letztendlich gilt: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen.

Für die Lösung der sozialen Einzelfragen sind viele gesellschaftliche Akteure gefordert, das Ihre dazu beizutragen. Dabei wäre es bestimmt schon sehr hilfreich, wenn Unternehmen, Verwaltung, Politik, Sozialverbände, Medien und andere Akteure einmal ganz pragmatisch und lösungsorientiert in einen „sozialen Dialog“ treten und akute Probleme beheben würden. Eine besondere Verantwortung jedoch kommt der Politik zu, denn an ihr liegt es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen (auch der Wirtschaft) festzulegen und das Handeln des Staats zu steuern. Auf der kommunalen Ebene, und vor allem auch auf den höheren Ebenen der Landes- und Bundespolitik bis hin zur Außenpolitik z.B. im Rahmen der EU. In Wiesbaden leben PolitikerInnen all dieser Ebenen.

Die mit der Schaffung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit verbundenen Aufgaben erfordern neben einem grundsätzlichen Umdenken auch sehr viel Geld. Es wird häufig argumentiert, dass gerade für soziale Belange und Projekte für ökologische Nachhaltigkeit das Geld in den öffentlichen Haushalten fehle. Obwohl bekannt ist, dass „Vorsorge“ langfristiger günstiger ist als „Nachsorge“, sehen Regierungen und Parlamente sich häufig außerstande, in diesem Sinne „vernünftig“ zu handeln. Dabei ist die dann stets angeführte Argumentation mit „Finanzierungsvorbehalten“ und „Sachzwängen“ unredlich, denn:

Geld ist genug da!

86

87

88 Wenn wir es wirklich ernst meinen, dann muss die Politik auch gegen Widerstände dieses nötige Geld dort
89 holen, wo es heute ist, und die BürgerInnen sollten ihr hierfür den Rücken stärken!

90 Es werden in unserem Wirtschaftssystem hohe Gewinne und insbesondere Kapitaleinkommen vereinnahmt, viel
91 mehr als für reale Investitionen und zur Befriedigung aller Bedürfnisse nötig ist. Als Resultat davon haben sich
92 ungeheure Geld- und Sachvermögen in den Händen relativ weniger Vermögender und ihrer Banken und
93 Konzerne angehäuft, was vielfach dokumentiert ist. Die Schere zwischen Arm und Reich ist wieder so weit offen
94 wie zuletzt vor dem 2. Weltkrieg.

95 Das Potenzial ist da: So werden in Deutschland jedes Jahr Vermögen im Wert von 400 Mrd. Euro vererbt – weit
96 mehr als der gesamte Bundeshaushalt eines Jahres. Alleine das private Geldvermögen in Deutschland beträgt
97 5.700 Mrd. Euro. Wenn man noch das Eigentum an Unternehmen, Immobilien und anderen Anlagen hinzuzählt,
98 sind es 11.200 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die vielzitierten Staatsschulden betragen nur 2.200 Mrd. Euro
99 (inklusive Sozialversicherungen).³

100 Letztlich wurden diese Geldvermögen der Realwirtschaft entzogen – dort, wo Arbeitsplätze entstehen,
101 Masseneinkommen ausgezahlt werden und auch öffentliche Investitionen finanziert werden. Nun muss es darum
102 gehen, diese Gelder wieder aus dem Finanz-Casino abzusaugen und in die Realwirtschaft zurückzuholen. Dieses
103 kann vor allem mit höheren Steuern wie auch Sozialabgaben auf sehr hohe Einkommen, Vermögen, Erbschaften,
104 Schenkungen und Gewinne geschehen. Dieses Geld, das heute Spekulationsblasen aufbläht und z.B. auch die
105 Wiesbadener Immobilienpreise explodieren lässt, muss dringend wieder für die Gesellschaft nutzbar gemacht
106 werden. Insbesondere zur Lösung der sozialen Fragen! Und kein Mensch würde schlechter leben, wenn sein
107 Millionen-Vermögen einer höheren Besteuerung unterzogen würde.

108

109 Finanzmittel können mobilisiert werden, wenn der politische Wille dazu da ist. Das haben spätestens die
110 Bankenrettungsexzesse der Jahre ab 2008 gezeigt, als ohne weiteres über Nacht Hunderte von Milliarden von
111 Euro aufgebracht werden konnten. Und das beweist aktuell die EZB, indem sie jeden Monat 60-80 Milliarden
112 Euro „druckt“, die jedoch nicht für reale Investitionen, sondern für den Ankauf von Wertpapieren aus der Hand
113 von Geschäftsbanken eingesetzt werden.

114

115 Für eine solche Umkehrung der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen die PolitikerInnen unserer Jahre und wir
116 selbst geradezu in einer historischen Verantwortung! Denn das Abrutschen in Richtung Rechtspopulismus und
117 anderer Spielarten der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (wie z.B. dem politischen Islamismus)
118 beschleunigt sich und unterspült die Grundfesten unserer Demokratie!

119

120

121

122

123

124

125

³ *manager magazin vom 06.07.2017: DIW erhöht Schätzung - Deutsche erben 400 Milliarden Euro im Jahr. Im Übrigen bedarf es einer Reform unserer Währungsordnung: Es ist nicht einzusehen, dass der Staat sich bei privaten Banken und Versicherungen in der Regel gegen hohe Zinsen verschulden muss, aber selbst vom Zentralbankengeld der EZB abgeschnitten ist.*

126 **Wiesbaden bis 2030 zum sozialen Vorbild in Deutschland machen!**

127

128 Aber nicht nur im großen Rahmen, sondern auch lokal wollen und müssen wir vorankommen: Wir möchten, dass
129 unser insgesamt wohlhabendes Wiesbaden in jedem einzelnen der oben genannten sozialen Bereiche bis 2030
130 seinen Rückstand aufholt und sogar bundesweit zum Vorbild wird. Und wir wollen dieses mit konkreten
131 Kennziffern auch überprüfbar machen.

132 Wir wissen, dass die Lösung der sozialen Fragen auf allen politischen Ebenen (Kommune, Land, Bund, EU)
133 erfolgen muss und dass die Möglichkeiten der Wiesbadener PolitikerInnen begrenzt sind. Aber nicht nur
134 bundesweit, sondern auch lokal sind die Spielräume manchmal größer als gedacht: Als Wiesbaden eine
135 moderate Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer beschloss, sagten einschlägig interessierte Verbände eine
136 massive Abwanderung von Unternehmen und ein Ausbluten der kommunalen Wirtschaftskraft voraus. Das
137 Gegenteil war der Fall: Wiesbaden schrieb auch dank dieser Korrektur schwarze Zahlen und verzeichnete
138 Mehreinnahmen, die der Stadt neue Gestaltungsspielräume eröffneten. Es macht eben einen erheblichen
139 Unterschied, ob man vorhandene Gestaltungsspielräume voll ausschöpft und sich dabei von vorbildlichen
140 Maßnahmen anderer Kommunen inspirieren lässt oder sich in finanziellen Fatalismus flüchtet. Zudem bietet
141 auch die Mitwirkung im Hessischen Städte- und Gemeindebund, dem Hessischen Städtetag, der
142 Regionalversammlung Südhessen und anderen Gremien einige Einflussmöglichkeiten. Hierüber soll mit anderen
143 Kommunen im Rhein-Main-Gebiet kooperiert werden anstatt in den „Standort-Wettbewerb“ (z.B. um die
144 geringsten Gewerbesteuersätze) zu treten. Bestimmt würde ein entsprechender Vorschlag Wiesbadens an andere
145 Kommunen im Rhein-Main-Gebiet auf offene Ohren stoßen.

146

147 **Die sozialen Probleme lösen – gemeinsam können wir es schaffen!**

148

149 Die Stadt Wiesbaden selbst hat verschiedene Initiativen ins Leben gerufen (wie z.B. den Prozess
150 Wiesbaden2030+) und stärkt Bürgerbeteiligungsprozesse. Auch zahlreiche Gruppen, Initiativen, Sozialverbände
151 und Unternehmen setzen sich heute schon für soziale Belange, für Gerechtigkeit und Umweltschutz in
152 Wiesbaden ein. Allen gemein ist die Vision einer lebenswerten, sozial gerechten und verantwortungsvollen Stadt
153 Wiesbaden. Vor diesem Hintergrund möchten wir mit ihnen allen zusammenarbeiten und in unserer Stadt eine
154 breite Debatte über die von uns vorgeschlagene Orientierung anregen.

155

156 Sie möchten diese Charta öffentlich unterstützen oder sich an unserer Initiative beteiligen?

157 Schreiben Sie bitte eine kurze Mail an **info@wisozial2030.de**

158

159

*Treffen: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
VCD Büro im Georg-Buch-Haus, Eingang Walramstr. 16a, 1. Stock.*

161

www.wisozial2030.de

162

163

164

165

166

167

168

169

170

V.i.S.d.P. Arno Enzmann, Gladiolenweg 1, 65201 Wiesbaden – Beschluss Wisozial2030 vom 01.11.2017